

Newsletter

März – April 2019

I.	Kooperative Intelligente Verkehrssysteme (C-ITS)	1
II.	Fahrzeugsicherheit	1
III.	Verkehrssicherheit	2
IV.	Kalender	3



Kooperative Intelligente Verkehrssysteme (C-ITS)

Die Europäische Kommission hat am 13. März 2019 neue Vorschriften erlassen, mit denen der Einsatz kooperativer intelligenter Verkehrssysteme (C-ITS) auf Europas Straßen beschleunigt werden soll.

Dabei sollen die Vorschriften im Einklang mit den Vorschlägen für saubere Mobilität und den Zielen zur Reduzierung von Verkehrstoten in der EU stehen. Ziel des Rechtsakts soll die Schaffung von Rechtssicherheit für Fahrzeughersteller und Straßenbetreiber sein. Dies sei wichtig, da ab diesem Jahr Fahrzeuge, Verkehrsschilder und Autobahnen mit der neuen Technik ausgestattet werden. So werden Mindestanforderungen an die Interoperabilität zwischen den verschiedenen verwendeten Systemen definiert, um zu ermöglichen, dass allen damit ausgerüsteten C-ITS-Stationen, Nachrichten mit anderen Stationen sicher in einem offenen Netz austauschen können.

Es handelt sich dabei um einen delegierten Rechtsakt. Nach der Veröffentlichung haben das Europäische Parlament und der Rat zwei Monate Zeit, Einwände gegen das Inkrafttreten des Rechtsakts zu erheben.

Weitere Links:

- [Pressemitteilung der Kommission](#)

Fahrzeugsicherheit

Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission haben in dem am 25. März in den Trilogverhandlungen eine vorläufige Einigung über die Überarbeitung der Allgemeinen Sicherheitsverordnung erzielt.

Die interinstitutionellen Verhandlungen starteten direkt nachdem das Parlament am 13. März die vom parlamentarischen Binnenmarktausschuss (IMCO) erarbeitete Erneuerung angenommen hatte.

Die neue Verordnung sieht vor, dass ungefähr 30 verschiedene Technologien oder Systeme in neuen Fahrzeugen verschiedener Typen eingeführt werden müssen. Laut der vorläufigen Vereinbarung sollen die meisten Technologien im Mai 2022 für neue Fahrzeugmodelle und im Mai 2024 für bestehende Modelle verpflichtend werden. Die Europäische Kommission erwartet, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen dazu beitragen werden, bis 2038 mehr als 25.000 Menschenleben zu retten und mindestens 140.000 schwere Verletzungen zu vermeiden.

Die Vereinbarung umfasst 13 neue Sicherheitstechnologien für Pkws: (1) Intelligente Geschwindigkeitsassistenten (ISA); (2) Schläfrigkeits- und Aufmerksamkeitswarnung für den Fahrer; (3) Rückfahrkennungssysteme mit Kameras oder Sensoren; (4) Unfalldatenschreiber/Black Box; (5) Spurhaltesysteme; (6) erweiterte Notbremssysteme; (7) Einrichtung zur Installation von Alkoholverriegelungssystemen; (8) Fahrerablenkungswarnsysteme; (9) Frontalcrashtests und verbesserte/geprüfte Sicherheitsgurte; (10) Kopfaufprallzonenvergrößerung für Fußgänger und Radfahrer und Sicherheitsglas im Crashfall; (11) Seitenaufprallschutz für Insassen; (12) Reifendruck-Kontrollsystem; und (13) Not-Aus-Signal.

Besonders umstritten waren ISA-Systeme. Diese verwenden Videokameras zur Erkennung von Geschwindigkeitszeichen und/oder GPS-verknüpfte Geschwindigkeitsbegrenzungsdaten, um die Fahrer über die aktuelle Geschwindigkeitsbegrenzung zu informieren und die Geschwindigkeit des Fahrzeugs bei Bedarf automatisch zu begrenzen. ISA-Systeme sollen allerdings nicht automatisch bremsen, sondern begrenzen die Motorleistung, sodass das Fahrzeug nicht über die aktuelle Geschwindigkeitsbegrenzung hinaus beschleunigt, es sei denn, es wird übersteuert.

Insbesondere der Europäische Automobilherstellerverband (ACEA) betrieb aktiv Lobbyarbeit gegen die Einführung von ISA-Systemen. ACEA behauptet, dass ISA

aufgrund falscher Verkehrszeichen und veralteter Informationen in der Praxis immer noch mangelhaft sei. Außerdem können Kameras nicht alle Szenarien vorhersehen, beispielsweise wegen Sichtbehinderungen. Stattdessen seien Geschwindigkeitsbegrenzungs-

Informationssysteme (Speed Limit Information, SLI) „in Kombination mit einer besseren Durchsetzung und Fahrertraining“ eine „effektive Alternative“. Statt aktiv die Geschwindigkeit zu reduzieren, zeigen SLI-Systeme nur Warnungen an, die aber auch ignoriert werden können.

Die vorläufige Einigung bedarf nun noch der förmlichen Genehmigung durch das Europäische Parlament und den Rat. Der zuständige parlamentarische IMCO-Ausschuss stimmte bereits am 2. April zu.

Weitere Links:

- [Verfahrensübersicht \(EN\)](#)
- [Liste der neuen Sicherheitstechnologien \(EN\)](#)
- [Text der vorläufigen Einigung \(EN\)](#)
- [The Guardian: ISA-Kontroverse \(EN\)](#)

Verkehrssicherheit

Am 4. April veröffentlichte die Europäische Kommission den Statistikbericht zur Straßenverkehrssicherheit in der EU für das Jahr 2018.

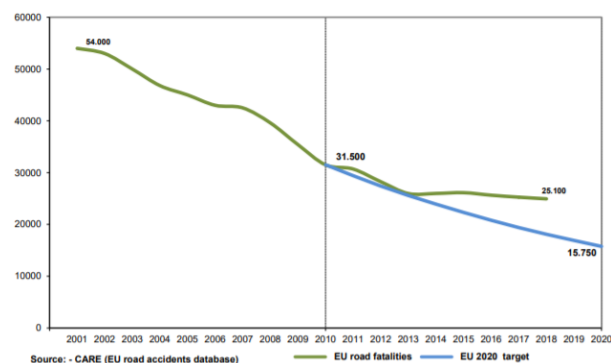


Abbildung 1: Rückgang der Zahl der Verkehrstoten in der EU

Der Bericht zeigt, dass es im Jahr 2018 rund 25,100 Todesopfer bei Verkehrsunfällen gab. Dies ist ein Rückgang von 21% gegenüber 2010 und lediglich 1% gegenüber 2017. Dies bedeutet,

dass die EU ihr Ziel, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 zu halbieren, wahrscheinlich nicht erreichen wird. Dennoch seien die europäischen Straßen die sichersten der Welt, mit einem Durchschnitt von 49 Verkehrstoten pro eine Million Einwohner.

Die wenigsten Verkehrstoten gab es im Vereinigten Königreich mit 28 Toten pro eine Million Einwohner im Jahr 2018, gefolgt von Dänemark (30) und Irland (31). Deutschland landete auf Platz 8 mit 39 Toten pro eine Million Einwohner und die Slowakei auf Platz 12 mit 46 Toten. Schlusslicht bildet Rumänien mit 96 Toten pro eine Million Einwohner.

Die im Verkehrssicherheitsbericht 2018 analysierten Daten zeigten unverhältnismäßig hohe Todesfälle bei ungeschützten Verkehrsteilnehmern, also Fußgängern, älteren Menschen, Motorradfahrern und Radfahrern. Die Kommission stellte fest, dass diese Gruppen bei der Umstellung der Bevölkerung auf aktive und nachhaltige Verkehrsmittel „besondere Aufmerksamkeit“ in den Straßenverkehrssicherheitsvorschriften erfahren müssten.

Weitere Links:

- [Statistikbericht der Kommission \(EN\)](#)
- [Pressemitteilung der Kommission \(EN\)](#)

Kalender

Sitzungsdaten

Rat

Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie 06/06/2019

Rat für Wettbewerb 27/05/2019

Rat für Justiz und Inneres 06/06/2019

Rat für Umwelt 26/06/2019

Plenum 15-18/04/2019 ([Agenda](#))

Ausschüsse

Umwelt (ENVI) 16/04/2019 ([Agenda](#), tba)

Binnenmarkt / Verbraucher (IMCO) 08/04/2019 ([Agenda](#), tba)

Justiz / Inneres (LIBE) 08/04/2019 ([Agenda](#))

Verkehr (TRAN) 08/04/2019 ([Agenda](#))
11/04/2019 ([Agenda](#))

Veranstaltungen (Brüssel)

20/11/2019 [Driving Future Platform: The Urban Challenge](#)

EAC-Veranstaltungen

19-21/11/2019 EAC-Herbstsitzung 2019 in Brussels